



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Seiten der deutschen Partei erlaubt. Und umgekehrt fehlt es nicht an Anzeichen, daß die Regierung sich der Candidatur gemäßigter Anhänger der deutschen Partei nicht feindlich entgegenstellen wird, wenn auch die Führer derselben so entschieden von ihr bekämpft werden, wie von der Demokratie. Die Aussichten unserer Partei sind überdies schon darum nicht so hoffnungslos wie bei den Zollparlamentswahlen, weil die Wahlbezirke weit kleiner sind und innerhalb derselben sich leichter da und dort eine locale Mehrheit für die nationalen Candidaten finden wird. Im übrigen muß man, so wie die Dinge liegen, schon mit bescheidenen Erfolgen zufrieden sein. Schwaben gleicht einem schwer Kranken, der durch allmählich und langsam wirkende Mittel behandelt sein will. Vielleicht hilft schließlich allerdings nur eine Radicalcur. Diese liegt aber nicht in unserer Hand.

7.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, 24. Juni.

Es gibt Zeiten, in denen sich jedes am Horizont aufsteigende Wölkchen zusammenballt, und andere Zeiten, in denen die atmosphärischen Dünste eine so zu sagen centrifugale Tendenz haben; die dunkelsten Wolken mögen von allen Seiten heranziehen, sie vertheilen sich wieder und es kommt zu keiner Explosion.

Ungefähr so sieht es in der politischen Welt des heurigen Sommers aus. Die letzten Jahre hatten uns daran gewöhnt, Vorgänge auch der untergeordnetsten Art mißtrauisch anzusehen und von ihnen eine Störung mindestens der diplomatischen Ruhe unseres Welttheils zu fürchten. Niemand wußte, wo die Grenzlinie zwischen localen und internationalen Ereignissen lag, Dinge, die in früherer Zeit unbestritten zu den inneren Fragen gehört hatten, erhoben sich unversehens in die Sphäre der großen Politik, und das Nationalitätsprinzip sorgte dafür, daß ein Zusammenhang zwischen Vorgängen ausgewittert wurde, die an und für sich nichts mit einander gemein hatten. — Ohne daß sich angeben ließe, wie und warum, ist es in den letzten Wochen anders geworden. Die große Frage, wie sich das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich gestalten wird, scheint von ihrer Attractionskraft verloren zu haben — eine Anzahl isolirter Ereignisse liegt vor uns und die politische Temperatur zeigt, wenigstens für den Augenblick centrifugale Tendenz.

Um die Gründe zur Erklärung dieser Witterungsveränderung sind wir übrigens nur zum Theil verlegen. Unleugbar hat die politische Harmlosig-

keit der ersten Session des deutschen Zollparlaments in Frankreich calmirend gewirkt und den Chauvinismus in die Nothwendigkeit versetzt, à la baisse zu speculiren. Bei dem besten Willen können die Anhänger des Marschall Niel keine Argumente für die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Ueberschreitung der Mainlinie ausfindig machen, und das Sicherheitsgefühl, welches die Particularisten und Radicalen unseres Südens in dieser Beziehung zur Schau tragen, hat sich allgemach auch auf das linke Rheinufer fortgepflanzt. Es ist ein wunderliches Schauspiel, das die Süddeutschen wiederum vor uns aufgeführt haben, und wer von der Geschichte der letzten Wochen nicht gelernt hat, daß eine freiwillige oder unfreiwillige Unterordnung des Südens unter die preussische Führung das einzige auch nur denkbare Mittel zur Einigung Deutschlands ist, der würde am besten thun, auf eine Betheiligung an den Dingen des öffentlichen Lebens für immer zu verzichten und sich mit jenem Bürgerthum in der Idealwelt zufrieden zu geben, auf welches jeder Deutsche einen angeborenen Anspruch besitzt.

Als die Vertreter der Staaten jenseit des Main im Mai nach Berlin kamen, war die Furcht vor norddeutsch-preussischer Vergewaltigung das leitende Prinzip ihres Thuns und Lassens und das Bündniß zwischen conservativen Particularisten und radicalen Demokraten schien für die Ewigkeit geschlossen zu sein. Aus der Höhle des Löwen einmal mit heiler Haut herausgekommen, haben die „Führer des süddeutschen Volks“ sofort ihre alten häuslichen Händel wieder aufgenommen und sich gebehrt, als sei ihr souveraines Selbstbestimmungsrecht für alle Zeiten wieder gewährleistet. Die Rückkehr zu den heimischen Penaten hat bei den Süddeutschen weder zu einer verjöhnlicheren und besonneneren Haltung gegen den Norden geführt, wie sie von unseren Optimisten gehofft wurde, noch zu einer Verständigung darüber, was der souverain gebliebene Süden mit sich anfangen soll. Daß die Errichtung eines Südbundes für den Augenblick das einzige Mittel zur Erhaltung einer vom Norden gesonderten Existenz und der sogenannten süddeutschen Unabhängigkeit wäre, kann für keinen urtheilsfähigen Particularisten zweifelhaft sein. Und doch sind conservative Altwürtemberger und Altbaiern seit lange darüber einig, daß die Begründung einer transmainischen Föderation unmöglich ist. Dieselben Leute, welche von dem mächtigen Preußen ohne weiteres gefordert haben, daß es sich Oestreich um des lieben Friedens willen bedingungslos unterordne, sie gerathen in eine sittlich-patriotische Entrüstung, sobald davon die Rede ist, daß das kleine Würtemberg Baiern den Vorrang einräume oder daß Baiern auf einen Theil seiner Souverainetätsrechte Verzicht leiste.

Angeichts einer so beredten Thatsache wie der der Impotenz und Zerschlagenheit der südlichen Staaten noch an der Möglichkeit eines Bundes mit

gleichberechtigter Stämme festzuhalten, übersteigt jede Vorstellung, die man sich von der Voreingenommenheit im übrigen zurechnungsfähiger Männer machen kann! Was soll vollends von diesen Männern gedacht werden, wenn sie nach vorläufiger Beseitigung der ihren zuchtlosen Gelüsten drohenden Gefahr sofort die Bande lösen, von denen sie zusammengehalten wurden, um sich in lächerlichen Wortgefechten gegenseitig zu zerfleischen? Das von der Beobachterpartei aufgestellte Programm eines aus monarchischen Staaten zu bildenden republikanischen Bundes gehört ohne Frage zu den größten Thorheiten unseres Jahrhunderts, — daß es als Programm einer ganzen Partei möglich und bedeutungsvoll genug gewesen, um von dem officiellen Organ der stuttgarter Regierung bekämpft zu werden, wird im nächsten Jahrhundert kaum mehr geglaubt werden. Ist doch der Glaube an die Umdrehung der Sonne um die Erde für politische Menschen immer noch erklärlicher wie der Glaube an die Durchführbarkeit der Utopien, welche der süddeutsche Radicalismus als Zielpunkte seiner patriotischen Thätigkeit bezeichnet und mit denen die Particularisten ihr patriotisches Gewissen beruhigen, wenn dasselbe zu schlagen anfängt.

Der gute Glaube an die Durchführbarkeit eines Programms, dessen Bankerotte ebenso zahlreich sind wie die Jahre seiner Existenz, stellt denen, die an ihm festhalten, ein ebenso übles Zeugniß aus wie denen, die mit ihm absichtlich ein falsches Spiel spielen. Wo die Thoren aufhören und die bewußten Verräther anfangen, läßt sich eigentlich gar nicht mehr feststellen. Die Enthüllungen, welche die Nordd. Allg. Zeitung vor einigen Tagen über die Untriebe des Grafen Platen brachte, bestätigen unwidersprechlich, daß die gelbweißen Royalisten an demselben Strang ziehen, an den sich die rothen Republikaner gespannt haben. Von der famosen Lehre, daß eine französische Kriegserklärung gegen Preußen noch nicht eine Kriegserklärung gegen Deutschland zu bedeuten brauche, läßt sich bereits nicht mehr sagen, ob sie legitimistischen oder republikanischen Ursprungs ist, und das alte Sprichwort, nach welchem Herodes und Pilatus jedesmal handelskeinig sind, wenn es den Messias zu kreuzigen gilt, hat sich wiederum neu bewahrheitet. — Das Vertrauen in die Bekehrbarkeit derer, welche ihren vorgefaßten Meinungen jedes Opfer, auch das der Unabhängigkeit des ganzen Deutschland zu bringen bereit sind, ist uns zu gründlich abhanden gekommen, als daß wir hoffen könnten, die Unterwerfung der Länder, welche außerhalb des neuen Bundes geblieben sind, werde (Baden ausgenommen) anders wie durch Beugung unter das Gebot der Nothwendigkeit zu Stande kommen.

Die Wochen, welche zwischen dem Schluß des Zollparlaments und der Schließung des norddeutschen Reichstages liegen, sind für die Mitglieder des

letzteren außerordentlich anstrengend gewesen und die laue Theilnahme, welche das größere Publikum den letzten drei Parlamentswochen geschenkt hat, steht außer Verhältniß zu der Menge der practischen Resultate, welche durch dasselbe erzielt wurden. Die Person des Bundeskanzlers hat so lange und so ausschließlich im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden, daß die Erkrankung desselben dem Interesse für die Reichstagsverhandlungen sein bestes Theil entzogen zu haben scheint, nicht nur in den Augen der Deutschen, sondern auch nach der Meinung unserer englischen und französischen Nachbarn. Die pariser Presse z. B. hat seit ihren polemischen Auslassungen über die Thronrede und Punkt 4 des prager Friedens nur einmal für nothwendig gehalten, auf das, was im Reichstag verhandelt ward, näher einzugehen, nämlich bei Gelegenheit der Moltkeschen Rede über die Marineanleihe und den Küstenschutz. Daß die Ausgleichung des Conflictes, den das Miquèlsche Amendement zum Bundesschuldengesetz veranlaßt hatte, so rasch und so glatt von statten gehen würde, wie es durch die Uebertragung auf die preussische Schuldenverwaltungsbehörde geschehen, ist sicher für alle Theile gleich überraschend gekommen. Im Grunde hätte die nationalliberale Partei gar nicht nöthig gehabt, ihre angebliche „Inconsequenz“ in dieser Frage zu erklären oder in Abrede zu stellen. Consequent in der Wahl ihrer Mittel gewesen zu sein, ist ein Ruhm, den wirkliche Politiker kaum jemals in Anspruch genommen haben oder in Anspruch zu nehmen brauchen. Daß es sich aber bei der beanspruchten Controlle über die Bundesschuldenbehörde um mehr wie ein Mittel zur Erweiterung des parlamentarischen Einflusses auf die Bundesexecutive gehandelt habe, wird sich schwerlich behaupten lassen. Ob die nationalliberale Partei berechtigt gewesen, im April auf eine Nachgiebigkeit des Bundesraths zu rechnen, wissen wir nicht — dieser Partei kann es aber nur zur Ehre gereichen, daß sie ein höheres Interesse als das ihrer selbst gekannt und eine Angelegenheit von der Tragweite und Wichtigkeit der vorliegenden nicht dem Eigensinn zum Opfer gebracht hat, ihren Willen um jeden Preis durchzusetzen.

Daß Versäumnisse beim Ausbau einer Verfassung höchst bedenkliche Folgen haben können, hat die preussische Geschichte der Jahre 1859—1866 allerdings deutlich gelehrt; diese Versäumnisse lassen sich aber überhaupt einholen, denn die Factoren, um deren Verständigung es sich handelt, sind gewaltsam aufeinander angewiesen und haben ein starkes gemeinsames Interesse. Verabsäumte Maßregeln gegen den äußeren Feind gelegentlich wieder einbringen wollen, wird die Sache gewissenhafter Männer dagegen niemals sein. — Was die übrigen Beschlüsse des Reichstags anlangt, so genügt es, auf die Uebersicht zu verweisen, welche der Präsident Simson in der letzten Sitzung entwarf, um die Resultate der zweiten Hälfte der Session zusammenzufassen. Die Annahme eines neuen Gewicht- und Maßsystems, die Ausdehnung der preussischen Landtagschlüsse über Spielbanken auf das gesammte Bundesgebiet, der Beschluß in Sachen des Genossenschaftswesens, die wenigstens theilweise Zustimmung zu den Anträgen der meklenburgischen Petition, endlich die unerwartet friedliche Einigung über die Quartirlasten stellen eine Reihe einflußreicher Umgestaltungen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens in Aussicht. Freilich nur in Aussicht! Nach den Erfahrungen, welche in diesem wie im vorigen Jahre mit der Art und Weise der Ausführung von Bundesbeschlüssen gemacht worden, müssen wir uns sagen, daß der Mangel besonderer Bundesministerien für die einzelnen Resorts, die Durchführung des Beschlossenen wenigstens für einige Zeit von dem guten Willen der einzelnen Regierungen und ihrer Organe abhängig macht. Aus diesem Grunde erscheint die Nichterledigung der Gewerbegesetzfrage kaum

als Calamität. Bis zum nächsten parlamentarischen Winterfeldzuge kann sich noch manches ändern und die bedauerliche Erkrankung des Staatsmannes, dessen Schulter den Hauptpfeiler des neuen deutschen Staatswesens bildet, erinnert so ernsthaft an die Grenzen, welche jeder menschlichen Kraft gesteckt sind, daß sich Erörterungen über die künftige Gestaltung des Bundeskanzleramts schon in nächster Zukunft nicht mehr vermeiden lassen werden.

Die unfreiwillige Muße, zu welcher der Träger der deutschen Geschicke verurtheilt ist, wird, wie wir hoffen, die in den Sommermonaten üblichen Ferien der großen Politik nicht überdauern. Es könnte sonst geschehen, daß Graf Bismarck, wenn er auf den Schauplatz seiner Thätigkeit zurückkehrt, eine veränderte Situation wiederfindet. An Anzeichen für eine solche fehlt es schon gegenwärtig nicht ganz, wenn die an verschiedenen Punkten des Horizonts sichtbaren Wölkchen auch vor der Hand noch nicht bedrohlich sind. Daß die österreichische Reise des Prinzen Napoleon mit der orientalischen Frage und einem österreichisch-französischen Bündniß zu gemeinsamer Action in derselben in Verbindung steht, wird wenigstens im östlichen Europa allgemein geglaubt. Während die drohende Miene, welche das Gesehtum gegen Herrn v. Beust annahm, wenig mehr als eine Grimasse gewesen ist, die sich vor dem Sonnenblick eines kaiserlichen Besuchs in der böhmischen Hauptstadt in gezwungenes Lächeln verwandelte, spizen sich die Gegensätze zwischen Südslaven und Magyaren immer schärfer zu. Obgleich die Ermordung des Fürsten von Serbien und die Proclamation seines präsumptiven Nachfolgers ohne Erschütterung der Ruhe in den österreichisch-türkischen Grenzländern verlaufen sind und die großserbische Actionspartei durch den auf ihr lastenden Verdacht der Bethheiligung am Fürstenmorde für den Augenblick ebenso lahm gelegt ist wie die um Alexander Karageorgewitsch geschaarte Fraction, so ist die serbische Krisis doch keineswegs als beendet anzusehen. Die südslavischen Blätter thun das Mögliche, um den Haß und das Mißtrauen ihrer Landsleute gegen das mit Oestreich verbündete Magyarenthum zu schüren. Während die Verdachtsgründe gegen eine Mitwissenschaft der Omladina Serbska um die Ermordung Michaels beständig zunehmen, wird aus Kreisen, die dieser Genossenschaft nahe stehen, immer wieder verbreitet, das Ministerium Andrassy habe die Hand im Spiel gehabt, gedanke Bosnien, die Herzegovina und wo möglich auch Serbien unter die Herrschaft des Alexander Karageorgewitsch zu bringen und zu partes annexae regni Hungariae zu machen. Die steigende Erbitterung der slavischen Welt gegen Ungarn, von der auch die officiellen russischen Organe unzweideutiges Zeugniß ablegen, ist wohl geeignet, in Pesth ebenso lebhaft Besorgnisse hervorzurufen wie in Wien, und die glänzende Aufnahme, welche der Beter des französischen Kaisers in den Hauptstädten Ungarns gefunden, steht offenbar mit den Hoffnungen in Zusammenhang, welche das ungarische Volk an eine österreichisch-französische Verständigung über die orientalische Frage knüpft. Wie von verschiedenen wiener Journalen berichtet wird, hat das Kriegsministerium es bereits für nothwendig gehalten, für alle Fälle eine stärkere Truppenabtheilung an die serbische Grenze rücken zu lassen. Daß die Stellung der galizischen Polen mit der der Magyaren vielfach Aehnlichkeit hat und gleichfalls von der Wendung abhängig ist, welche die Dinge im Orient nehmen, ist bereits wiederholt in diesen Blättern hervorgehoben worden, und die Besorgniß der russischen Presse davor, daß Prinz Napoleon versuchen werde, die polnische mit der orientalischen Frage in Verbindung zu setzen, entbehrt vielleicht nicht allen Grundes.

Für das Verhältniß Preußens zum übrigen Deutschland und zu Oestreich kommen die Verwickelungen im östlichen Europa allerdings nur indirect in

Betracht. Verhängnißvoller und folgenreicher kann dagegen die Agitation werden, welche neuerdings in Rußland gegen die freundschaftlichen Beziehungen dieser Macht zu Preußen inscenirt zu werden beginnt. Zu zwei verschiedenen Malen und neuerdings in geflüstertlich provocatorischer Weise hat die einflußreiche und mit den höchsten Regierungskreisen in Beziehung stehende Moskauer Zeitung die Meinung verbreitet, die russisch-preussische Entente werde von dem Grafen Bismarck dazu ausgebeutet, Frankreichs und Oestreichs Unzufriedenheit mit der 1866 geschaffenen Situation auf Rußland abzuleiten und diese Macht das volle Odium des Status-quo tragen zu lassen. „Es scheint, dahin gekommen zu sein“ ruft der Führer der russischen Nationalpartei aus, „daß wir zufrieden sein müssen, wenn die gute Nachbarin, der zu Liebe wir uns in diese peinliche Situation gebracht haben, für den Fall, daß Rußland in Angelegenheiten geräth, auch nur neutral bleibt, wie im Jahre 1854. Und das ist nicht einmal Alles! Die Dinge scheinen bereits so zu stehen, daß wir alles Mögliche thun müssen, um uns Preußens Wohlwollen zu erhalten, daß wir ihm zu Liebe auf den Bau einer Eisenbahn nach Libau und die Einführung der russischen Sprache in unsern Ostseeprovinzen verzichten müssen. Ja noch mehr — Deutschland will die Stellung, in welcher wir uns ihm zu Liebe gebracht haben, förmlich ausbeuten; offener denn je ist in der deutschen Presse von den Ostseeprovinzen die Rede und wird die schändliche Intrigue unterstützt, welche seit einiger Zeit in diesem Lande arbeitet.“ Im weiteren Verlaufe wird darüber Klage geführt, daß Graf Bismarck, „der doch sonst der Presse den Mund zu stopfen verstehe“ dem Treiben der Allg. Zeit., der Kölnischen Zeit., der Ostseezeitung und der Kreuzzeitung ruhig zusehe und diese Blätter nicht verhindere, die deutschen Liv-, Est-, und Kurländer gegen das russische Element zu unterstützen. Zum Schluß wird der Artikel eines andern Moskauer Journals citirt, in welchem deutlich ausgesprochen ist, die preussische Alliance habe für Rußland gar nicht mehr Werth, als jede andere — für Preußen aber hänge „Sein oder Nichtsein“ von der russischen Freundschaft ab.

Wir wissen wohl, daß die Anschauungen der russischen Regierung mit denen des Beherrschers der russischen öffentlichen Meinung noch nicht identisch zu sein brauchen, als Symptom der in gewissen Kreisen herrschenden Stimmung verdient diese übermüthige Aeußerung aber dennoch Beachtung, zumal die in derselben erhobenen Ansprüche zu maßlos und brutal sind, um anders als mit gleicher Münze bezahlt werden zu können. Eine preussisch-russische Zeitungspolemik könnte unter den gegebenen Verhältnissen aber schon hinreichen, Oestreichs deutschen Bundesgenossen, die sich in letzter Zeit merkwürdig still gehalten haben, neues Blut in die Adern zu gießen und den betriebsamen Leiter der k. k. Staatsgeschäfte mit neuen Entwürfen und Plänen zu erfüllen. Ist der feste Glaube an das unerschütterliche Zusammenstehen der beiden nordischen Großmächte doch in der That die Voraussetzung gewesen, von welcher alle wiener und pariser Conjecturen über die nächste Zukunft ausgingen. Der bloße Schein einer Lockerung dieser Beziehungen wäre hinreichend, um die Constellation zu verändern.

Während des abgelaufenen Monats ist Oestreich ausschließlich mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigt und die Arbeitskraft des Reichsraths (der an Eugen v. Mühlfeldt eines seiner bekanntesten und streitbarsten Mitglieder, den eifrigsten Gegner des endlich zu Fall gebrachten Concordats plötzlich verloren hat) in außergewöhnlichem Maaße in Anspruch genommen gewesen. Wider Erwarten der geängstigten Börsen und der zahlreichen Staatsgläubiger, welche ihr Vertrauen auf Oestreichs sprichwörtliches Glück

gesetzt hatten, fielen die von Stene vertretenen Ausschußanträge (welche das Deficit ausschließlich aus der Couponsteuer decken wollten), im Reichsrathe zu Boden und gelang es den Anstrengungen des Ministeriums, seine und des Staates Ehre wenigstens zur Hälfte zu retten. Daß mindestens ein Theil des Deficits durch Steuern gedeckt und damit der Nachweis geführt wird, daß Oesterreich in die Beeinträchtigung seiner Gläubiger nur nach Auswendung aller Mittel zur Selbsthilfe gewilligt hat, ist, von allem übrigen abgesehen, für die Zukunft des liberalen eisleithanischen Ministeriums und darum für die Sache des Friedens von entschiedener Wichtigkeit. Dieser relativ günstige Ausgang, der den österreichischen Liberalismus vor der ihm zugeordneten traurigen Rolle bewahrt hat, ist wesentlich der energischen Haltung des Fürsten Auersperg und dessen Drohung zuzuschreiben, das Ministerium werde für den Fall der Unification der Staatsschuld und der 25 % Couponsteuer resigniren. Es wäre in der That ein unauslöschlicher Schimpf gewesen, wenn die erste aus dem Volkswillen hervorgegangene Regierung des Kaiserstaats aus Furcht vor der mit jedem Steueraufschlag verbundenen Verstimmung der Massen darein gewilligt hätte, die Folgen der finanziellen Mißverwaltung des alten Régime ausschließlich auf die Schultern derer zuwälzen, welche dem österreichischen Staate Credit gegeben hatten. Das an den londoner Gesandten Grafen Appony gerichtete Schreiben des Reichskanzlers v. Beust hebt mit Recht hervor, daß die den Staatsgläubigern zugemuthete Verkürzung in wesentlich veränderten Licht erscheine, seit das österreichische Volk seine Opferbereitschaft bewiesen und dadurch Bürgschaft dafür geleistet habe, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen werde, sobald dieselben mit den vorhandenen Kräften ins Gleichgewicht gebracht worden. Daß Oesterreichs Pflichten für Aufrechterhaltung des Friedens und Herstellung freundlicher Beziehungen zu Preußen durch die Rücksicht auf seine bereits verkürzten Gläubiger verdoppelt worden sind, ist eine zu nah liegende Erwägung, als daß angenommen werden könnte, der Reichskanzler habe sich ihr ganz entzogen. Wenn das Vertrauen der Börsen sich wieder gehoben hat, so ist das wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die bloße Nichtannahme der Steneschen Anträge wie eine Wohlthat erschien und daß die Furcht vor einem 25 %-Abzuge, jedes andere Opfer als relativ erträglich erscheinen ließ. Nach den einmal gemachten Erfahrungen kann aber nicht ausbleiben, daß die bloße Möglichkeit österreichischer Kriegsabsichten eine Entwerthung der Papiere dieses Staates herbeiführen wird, wie sie trotz 1859 und 1866 noch nicht dagewesen ist; bis zur Beseitigung des Deficits schwebt der österreichische Staatscredit unter einem Damoclesschwert, das nur verbrecherische Thorheit auf den Nacken derer herabziehen kann, die eben erst der Todesgefahr entronnen sind und die 1866 bestandene Probe sicher nicht zum zweitenmal bestehen würden.

Die zweite wichtige Entscheidung, welche der Juni 1868 den Bewohnern Oesterreichs gebracht hat, ist die kaiserliche Sanction der Gesetze über Eheschließung, Schulwesen und die interconcessionellen Beziehungen. Daß diese Bestätigung der Mehrzahl unsrer Zeitgenossen und den Oesterreichern selbst überraschend gekommen, geht schon aus dem Eindruck hervor, den diese Entschliebung Franz Josephs allenthalben gemacht hat. Obgleich die päpstliche Verstimmung über diese Verletzung des Concordates ebenso öffentliches Geheimniß ist, wie die persönliche Stellung des Kaisers zu dieser Concession an den Volkswillen, so steht eine entscheidende Aeußerung der Curie doch noch zu erwarten; vielleicht daß sie für das Concil vorbehalten ist, zu welchem Pius IX. seine Bischöfe zu versammeln gedenkt.

Dieses Concil soll, wie bereits vorläufig verkündet worden ist, u. A. die

weltliche Herrschaft des Nachfolgers Petri unter die Zahl der katholischen Glaubensdogmen aufnehmen. Inzwischen wird schon seit einiger Zeit lebhaft darüber verhandelt, ob die einzige materielle Garantie dieser Herrschaft, die französische Besatzungsarmee, in Rom bleibt oder nicht. In clericalen Kreisen Frankreichs wie Italiens scheint der Glaube an die dauernde Bereitwilligkeit des Kaisers zur Verewigung der römischen Expedition nicht besonders festgewurzelt zu sein. Die von den römischen Zeitungen und den ultramontanen Journalen der französischen Hauptstadt ausgesprengte Nachricht, daß Garibaldi im Stillen zu einem neuen Zuge rüste, sich mit dem Grafen Menabrea verständigt habe und die ewige Stadt von der neapolitanischen Grenze her angreifen wolle, sieht stark nach einer Tendenzlüge aus, durch deren Verbreitung man auf die Entschliefungen des französischen Kaisers einzuwirken versuchen will. Daß die italienische Regierung, welche alle Mühe hat, die radicalen Umtriebe in den nördlichen Städten niederzuhalten, zu einer neuen Verwicklung die Hand bieten werde, ist mehr wie unwahrscheinlich, zumal im gegenwärtigen Augenblick, wo sie von den parlamentarischen Kämpfen um die Zinsreduction und die Durchsetzung der Wahlsteuer sichtlich ermüdet ist. Die neuerdings entdeckten Unterschleife und Banknotenfälschungen, welche sich epidemisch über die Halbinsel auszubreiten begonnen haben und in welche Organe der Regierung mitverwickelt sind, entwerfen ein so trauriges Bild von den öffentlichen Zuständen dieses jungen Staates, daß Befürchtungen vor einer Friedensstörung durch denselben völlig grundlos erscheinen. Um sich von inneren Schwierigkeiten durch eine Diversion nach Außen zu befreien, dafür bedarf es eines gewissen Residuums von Kraft und Selbstgefühl, mindestens der Erinnerungen an eine große Vergangenheit. Von beidem ist in dem modernen Italien nichts zu spüren und die gegenwärtige Regierung desselben ist froh, wenn sie den Kopf nothdürftig über Wasser behält und die täglichen Schwierigkeiten besiegt, welche ihr aus der politischen und moralischen Zerrüttung der Nation erwachsen. Mag Rom immerhin das offene Geschwür am Leibe des italienischen Staatskörpers sein, — daß es die Gesundheit des ganzen Organismus stören kann, beweist, wie traurig es um diese bestellt ist. —

Die Erledigung der florentiner Finanzschwierigkeiten ist durch das Beispiel, mit welchem Oestreich vorausgegangen war, wesentlich erleichtert worden. Die italienische Regierung hatte sich übrigens von Hause aus mit dem Gedanken getragen, das Haupttheil des Deficits mit der Wahlsteuer zu decken, und die Couponsteuer als bloße Nothhilfe zu benutzen. Anträge auf einseitige Heranziehung der Staatsschuldner waren im italienischen Parlament gar nicht verlaublich worden. — Das Beispiel, das die beiden Staaten gegeben haben, welche sich durch achtzehnjährige Kämpfe gegenseitig an den Rand des finanziellen Bankerotts brachten, hat übrigens schon gegenwärtig, wo es kaum zur Thatsache geworden, Nachfolger gefunden: der Bey von Tunis ist nur durch Gewalt von der Verkürzung seiner Gläubiger abgehalten worden und Portugal schickt sich eben zu einer Manipulation mit den Gütern seiner kirchlichen und gelehrten Corporationen an, welche wesentlich auf „Zinsreduction“ herausläuft. Es ist nur all zu wahr, was die Times bei Gelegenheit der in Rede stehenden östreichischen und italienischen Parlamentsbeschlüsse gesagt hat: „Wenn es sich einmal ausgewiesen hätte, daß man, um sich von der Last seiner Zahlungsverbindlichkeiten zu befreien, dieselbe durch Parlamentsabstimmung einfach abschütteln kann, so würde bald mehr als einer bereit sein, dieses Spiel zu spielen. Wenn Spanien und Griechenland ihr Monopol der Unehrlichkeit verlieren sollen, wenn alles Schamgefühl durch

die Proceedur des Fallissementsgerichts abgewaschen werden kann, so daß „Nur gemeine Sklaven zahlen“ das Motto der civilisirten Welt wird, dann ist es nicht nur mit allem Staatscredit, sondern überhaupt mit allem zu Ende, was dem Vertrauen der Staaten zu einander als Grundlage dient. Man hat sich bereits über zu vieles hinweggesetzt, als daß ein solcher allgemeiner Zusammensturz als Unmöglichkeit betrachtet werden dürfte; aber wir möchten gern die Hoffnung wahren, daß Oestreich und Italien, die durch ihre letzten Abstimmungen den ersten Schritt abwärts auf der abschüssigen Bahn gethan haben, sich nicht durch die Leichtigkeit des ferneren Herabgleitens in dieser Richtung fortreißen lassen werden.“ Für Oestreich haben diese warnenden Worte des großen Cityblattes übrigens eine noch directere Bedeutung, wie für Italien, das wesentlich durch den Kampf um die Grundlagen seiner Existenz an den Abgrund des Bankerotts gezogen worden ist. Ein Großstaat vom Range des östreichischen hat sicherlich sehr viel mehr Zeit nöthig, um sich von dem Stöße zu erholen, den er seinem politischen wie seinem finanziellen Credit ertheilt hat, als eine Macht zweiten Ranges — schon weil das Maas der auf ihm ruhenden Mitverantwortlichkeit für die öffentliche europäische Sittlichkeit ungleich größer ist, als bei jener.

Auch in Frankreich sind es vorwiegend wirthschaftliche und finanzielle Fragen gewesen, welche in jüngster Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt haben. Um die Staatsfinanzen hat es sich diesmal nicht direct gehandelt. Herr Pouyer-Quertier, der gefürchtete Vertreter der Schutzzöllner, dessen die Minister Rouher und Forcade sich in der Debatte über den englischen Zollvertrag und das Freihandelsystem nur mühsam erwehren konnten, hat die Verhandlungen über das Verhältniß des Staats zu den bekannten sechs großen Eisenbahncompagnien und der Compagnie transatlantique zu einer Reihe wichtiger Schläge gegen die Männer des jetzigen Systems ausgebeutet, und die Majorität zu ihrem eigenen Erstaunen wiederholt mit fortgerissen. In der Sache selbst ist die Zustimmung der unabhängigen Franzosen zu den Angriffen des Deputirten von Rouen keine unbedingte gewesen — selbst die Revue des deux mondes läßt dem System der Regierung und der Bevorzugung der großen Gesellschaften eine gewisse Anerkennung zu Theil werden, und spricht sich gegen die beabsichtigte Tarifierabsetzung aus; desto wirkungsvoller sind die Enthüllungen gewesen, welche der unerschrockene Redner über die schmutzigen Geschäfte der Pereire und anderer Günstlinge des zweiten Empire gemacht hat. Mit dem Schwindel verglichen, den die Directoren der staatlich begünstigten Pariser Creditvereine getrieben haben, erscheint die vielgescholtene Corruption des Zulkönigthums wie ein kindlicher Zustand, und man möchte meinen, die Compromittirung seiner hervorragendsten Anhänger habe dem zweiten Kaiserthum nicht weniger geschadet wie die falsche politische Calculation der letzten Jahre. Nach den Zeitungsnachrichten ist dem aber nicht so gewesen und hat die Stellung der Regierung seit den letzten Wochen wenigstens nicht mehr verloren. Freilich ist über den Verhandlungen des Corps législatif und des Senats die sogenannte Saison morte hereingebrochen. Die Parteien sind müde und erholungsbedürftig und haben überdies auf Vorbereitungen für den nächsten Winterfeldzug zu denken. Die Opposition hat ihre Rechnung auf die Neuwahlen gestellt und sucht das neue Preßgesetz auszunutzen, so gut es geht. Eine Reihe größerer journalistischer Unternehmungen wird für Paris wie für die Departements vorbereitet, die liberale Opposition beweist, daß sie, wenn auch nicht über große Talente, so doch über beträchtliche Geldmittel zu gebieten hat und die Regierung sucht es ihr gleich zu thun. Von auswärtigen Fragen steht die orientalische ent-

schieden im Vordergrunde und hätte, was die officiösen Journale planen und conjecturiren, nicht die Präsumption der Wahrheit gegen sich, so könnte man glauben, es sei zunächst auf eine Diverſion im Orient abgesehen.

Wir haben bei Erwähnung der Reise des Prinzen Napoleon bereits berührt, daß derselben russischer Seits mit vielem Mißtrauen entgegen gesehen wird. Man fürchtet nicht nur eine österreichisch-französische Einmischung in die serbischen Dinge, sondern eine Unterstützung der Pforte in ihrem gegen Kandia und Griechenland eingeschlagenen Verfahren. Fuad Paschas Versuche, den kandiatischen Aufstand als definitiv beendet und jeden Schritt über die neuerdings den Kajahs gemachten Concessionen hinaus als überflüssig darzustellen, werden von westmächtlicher Seite so lebhaft unterstützt, von den Russen so energisch bekämpft, daß das Ausbleiben eines offenen diplomatischen Conflicts nur aus den beiderseitigen Besorgnissen vor den Folgen erklärt werden kann. Die letzte entschiedene Kundgebung war die von dem Journal de St. Petersburg ausgesprochene Behauptung, das angebliche Gesuch der ausgewanderten Kandioten um die Erlaubniß zur Rückkehr, sei eine frivole Erfindung des türkischen Ministers, die Unterschriften rührten entweder von Personen her, die seit Jahr und Tag außerhalb der Insel lebten, oder von solchen, die nur in der Phantasie Fuads existirten. Gleichzeitig hat das Ministerium Bulgariis alle Mühe sich gegen die griechische Nationalpartei und deren Drängen zu offenem Bruch mit der Pforte zu behaupten.

Daß Verhältnisse so zugespitzter Natur nichtsdestoweniger seit Wochen und Monaten in der Schwebe bleiben, daß trotz aller Hoffnungen und Befürchtungen, welche sich an die orientalische Reise des französischen Prinzen knüpfen, zunächst noch alle directen Anzeichen eines Bruchs fehlen — das kann nur aus dem tiefen Friedensbedürfniß der Welt und aus der Discrepanz zwischen den politischen und den socialen Bestrebungen und Bedürfnissen der Menschen erklärt werden. Selbst die neuen Fortschritte, welche die russische Macht durch die Eroberung von Samarkand gemacht hat, ist — von der in solchen Fällen üblichen Zeitungspolemik abgesehen — folgenlos geblieben und alles rüstet zu friedlicher Erholung, nicht zu dem Kriege, den die Kälte des Winters und Frühjahr's unvermeidlich gemacht zu haben schienen. Der Kaiser von Rußland geht in die deutschen Bäder, Napoleon weilt zu Fontainebleau, König Wilhelm besucht Hannover und Worms, um dann gleichfalls in die Bäder zu gehen, Graf Bismarck hat sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Pommeren zurückgezogen und trotz der Schatten, welche von Osten wie von Westen auf die Situation fallen, droht kein Gewitter. Die Menschheit darf einen Augenblick aufathmen, sie will sich ihr Recht auf Erholung nicht verkürzen lassen. Wenige Wochen und die Waffen, welche heute bei Seite gelegt zu werden scheinen, sie werden wieder angethan. Ob zum Kampf oder zu gegenseitiger Einschüchterung und Ermüdung — wer weiß es zu sagen?

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1868.

Die Verlags-handlung.

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Eddardt**.
Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Hegler** in Leipzig.

